

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 15 (1925)
Heft: 12
Rubrik: Politische Wochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frühlingsanfang.

Frühlingsanfang! Tag und Nacht
Halten heute sich die Wage.
Ob bereits die Sonne lacht,
Ob es stürmt, was gilt die Frage?
Eines darf Gewißheit sein:
Frühling bricht ins Land herein.

Wintersfreuden, Wintersleid
Müssen mit dem Schnee zerfließen.
Sehnsucht macht die Augen weit.
Knospenschwellen, Blumensprossen
Suchen sie am warmen Rain.
Frühling, komm ins Land herein!

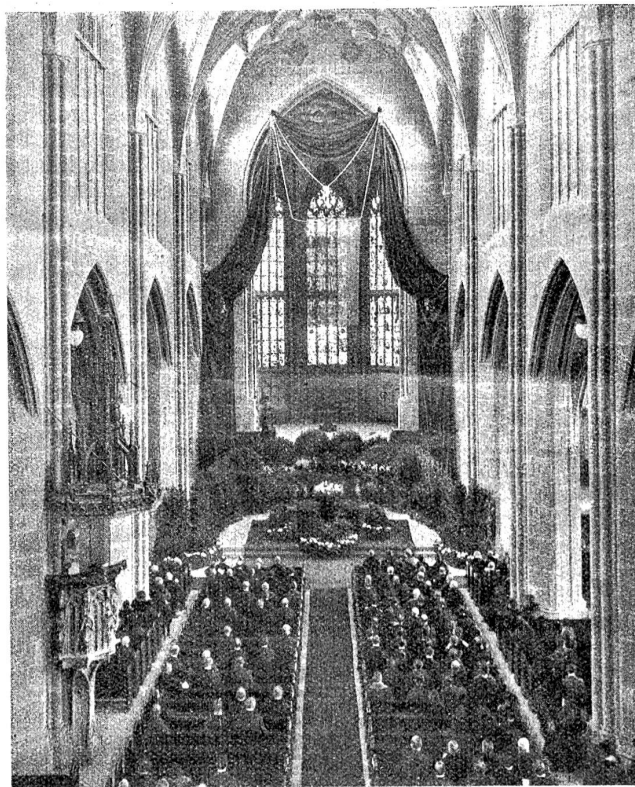
Laß dein glaubensfrohes Lied,
Kleine Lerche, jubelnd klingen.
Juchzend über Feld und Ried
Will ich mit dir selig singen:
Sei gegrüßt, mein Sonnenschein!
Frühling brach ins Land herein.

Hans Peter Johner.

Politische Wochenschau.

Es wird den Spöttern und Bessmisten leicht gemacht, über den Idealismus in der Politik loszuziehen. Was für Hoffnungen knüpfte man an das Genfer Protokoll! Wie hat man Herriot, Mac Donald, Benesch und die andern Mitarbeiter an diesem Protokoll als Retter der Menschheit gepriesen! Nur weil das Protokoll mit seiner Verpflichtung zur obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, die eine notwendige Ergänzung des Völkerbundsvertrages war, die Möglichkeit eines dauernden Friedens aufdeckte. So wenig braucht es, um uns glauben zu lassen, daß die Partei- und Wirtschaftsinteressen sich ohne weiteres den hohen Ideen und Idealen unterordnen werden... Und doch, man hatte allen Grund zur Hoffnung: Wenn Frankreich sich zu einer solchen Bindung seiner Politik verstehen konnte, wer wollte weniger friedlich gesinnt sein als es? Mit welchem allzu menschlichem Egoismus, mit wie viel historisch begründeten Vorbehalten, mit wie viel Konservatismus die im Protokoll dokumentierte Gesinnung aber zu kämpfen haben werde, wurde gar bald offenbar, als die Staatsregierungen sich mit dem von den Völkerbundsdelegierten heingebrauchten Schriftstück befaßten. Mit dem Sturz Mac Donalds war das Protokoll für England erledigt, und als die Dominions sich noch mehr als reserviert verhielten, wußte man, daß Chamberlain letzte Woche mit einer Grabrede in der Aftentafel nach Genf fuhr. Daß sie aber so kritisch und unverjöhlich sei, hätte man nicht gedacht. Der konservative Außenminister der Großmacht England hat es nun einmal deutlich ausgesprochen: eine weitgehende Verpflichtung zum Frieden um jeden Preis kann sich ein Staat wie England nicht auferlegen lassen. So sehr Chamberlain einzelne Grundsätze des Protokolls als erstrebenswerte Ziele anerkennt — man ist doch auch Mensch des 20. Jahrhunderts! — als Realpolitiker muß er das Genfer Protokoll des bestimmtesten ablehnen. So lautete seine Rede im Völkerbundsrat. Gegen eine nochmalige Behandlung des Protokolls in der Völkerbundsversammlung vom kommenden Herbst macht er nicht Opposition. Weiß er doch, daß er klar genug gesprochen hat. Die kleinen Nationen und die gegenwärtige Regierung Frankreichs werden mit der Verteidigung des Protokolls allein stehen.

Die Kritik Chamberlains am Protokoll war, vom Standpunkt des Gegners aus, eine sehr geschickte. Er warf ihm vor, es schaffe durch das Interventionsrecht des Völkerbunds neue Verwicklungsmöglichkeiten. Der Mechanismus



Von der deutschen Gesandtschaft veranstaltete Trauerfeier für den Reichspräsidenten Ebert im Münster zu Bern. (Phot. Henn, Bern.)

Am 14. März fand im Münster zu Bern auf Einladung der Deutschen Gesandtschaft eine Trauerfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert statt, an der der gesamte Bundesrat, das gesamte Dipl. Corps in Uniform, die Kantonsregierung, Vertreter der Bundesversammlung, der internationalen Bureaus und der Bundesverwaltung, sowie zahlreicher Mitglieder der deutschen Kolonie teilnahmen. Die Trauerrede von Universitäts-Professor Dr. Meyer aus Zürich wurde eingeleitet durch Vorträge des Münsterorganisten Graf, des Berner Streichquartetts und des Uebelich-Chors der Berner Liedertafel.

des Bundes sei zu schwach für die vermehrten Verpflichtungen. Die Bewegungsfreiheit der Völkerbundsstaaten werde schwer behindert, was bei einem trotz des Protokolls noch möglichen Kriegsausbruch verhängnisvoll sein könnte. Einige Bestimmungen kämen einer Verzichtleistung auf die Selbstverteidigung gleich. Das ganze Protokoll dünke die Engländer zu starr und zu dogmatisch. Sein Sanktionensystem sei, da nicht alle Staaten der Erde — unter ihnen der bedeutendste: die Vereinigten Staaten von Nordamerika! — dem Bunde angehören, ein Trug. Aus diesem Grund verbürge es die „Sicherheit“, den territorialen Bestand der Länder, nicht. England zieht dem Protokoll den ursprünglichen Völkerbundsvertrag vor, da er mehr Spielraum läßt. Für die Fälle, die zum Kriege führen könnten und für die das Protokoll das obligatorische Schiedsgericht vorsieht, schlägt Chamberlain eine vertragliche Regelung durch die in Frage stehenden Mächte vor. Daß das deutsche Sicherheitsangebot eines dieser Sonderabkommen wäre, hat der geneigte Leser schon lange gemerkt.

Die offizielle Politik Frankreichs steht natürlich zum Werk ihres Leiters. Briand verlas die Erklärung, die feierlich bekundet, daß Frankreich am Protokoll, das Herriot als erster unterzeichnet hat, festhalte. Die französische Regierung werde einer Verbesserung nicht im Wege sein, ja, Frankreich sei sogar einem System von Sondergarantieverträgen nicht abgeneigt, vorausgesetzt, daß sie innerhalb der Völkerbunds-idee verwirklicht würden. Aus den diplomatisch gewandten Botschaften der übrigen Ratsdelegierten ging

hervor, daß man den himmelblauen Idealismus des Protokolls rührend schön findet, es aber zur Befolgung gerne dem lieben Nachbar und allfälligen Feind von morgen überläßt. Symans gab der sachlichen Betrachtung am besten Ausdruck. Die belgische Regierung betrachte das Protokoll (lies: was es erstrebt) als einen großen Fortschritt. Da aber das Sicherheitsproblem die ganze belgische Politik beherrsche (es beherrscht überhaupt die ganze Politik!), so führe der Weg der Sonderabkommen vorläufig am sichersten zu konkreten Friedensgarantien. Benesch, einer der Haupturheber des Protokolls, gibt die teilweise Berechtigung der Kritik Chamberlains zu. Er ebnet schon die Bahn zur Rettung wenigstens eines Teils des Protokolls. Er verkennet nicht die Schwierigkeiten der rigorosen Anwendung seiner Bestimmungen, erklärt aber — die immer wiederkehrende Feststellung! — daß die Kleinstaaten ein besonderes Interesse an der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit hätten. Der schweizerische Staat hat Jahrhunderte gebraucht, bis er die Formel seines zentralistisch-föderalistischen Wesens fand. Wie sollte der Weltstaat nicht durch Bündnisse, Koalitionen, Staatenbünde und andere solche Stufen und Versuche nicht endlich — vielleicht erst nach Jahrhunderten! — seine Gestalt sich schaffen? Und wenn das Protokoll bis zum letzten Buchstaben untergeht: es hat doch seine Wirkung getan und lebt mit seinen Postulaten fort. Wenn nur die Regierung Herriot noch recht lange sich hält, so wird die französische Politik immer wieder für ihre Verwirklichung werben. Ein Wechsel des Ministeriums, ein Sieg der Rechten freilich würde auch da eine Kursänderung zur Folge haben.

Chamberlain war auf der Rückreise von Genf in Paris bei Herriot — „wie vereinbart worden war“. Aus der amtlichen Mitteilung über die Unterredung ist so gut wie nichts oder so viel wie alles — je nach der persönlichen Einstellung — zu lesen. Die Hauptfache: „Man ist befriedigt“. Das Ergebnis: die ausschlaggebenden Punkte der aufgeworfenen Probleme wurden präzisiert. Welches im einzelnen diese Probleme und Punkte sind, weiß man nicht. Ueber die Sicherheitsfrage und wichtige außenpolitische Probleme sei eine Einigungs- und Verständigungsgrundlage gefunden worden. In den Grundzügen verständigt man sich immer leicht. Das Interesse wird sich nun auf das deutsche Sicherheitsangebot konzentrieren, das vorläufig für die Ententepolitiker fast wichtiger ist als für die Deutschen. Stresemann hat sich ausführlich darüber ausgesprochen. Der sichere Ton des Exposés verrät, daß irgendwie Garantien für wohlwollende Behandlung des Angebots gemacht wurden. Der deutsche Außenminister hat klug dargestellt, was Deutschland damit opfert (seine historische Rheinpolitik!) und was Europa durch einen Fünfbund gewinnen könnte.

Der Völkerbundsrat behandelte an weniger Wichtigem u. a. den griechisch-bulgarischen Konflikt wegen der Minoritätenfrage. Ein Minoritätenprotokoll vom 29. September 1924 verpflichtete Bulgarien und Griechenland zur Respektierung der anderssprachigen Minderheiten. Griechenland hat in der Ausführung Schwierigkeiten gemacht, und Venizelos war ein gelehriger Schüler Chamberlains: Wie das Genfer Protokoll, so sei auch das Minoritätenprotokoll von der realen Politik begabten worden. Er rate dem Völkerbund, sich nicht mehr in solche Dinge zu mischen. Wenn kleine Knirpse so schreien dürfen, wie soll's nicht noch größer von den Großen tönen! — Diese Antwort auf die Anfrage des Rates, wie es mit dem Minderheitenschutz stehe, war der Dank Griechenlands für die Mitteilung Briands, daß das Hilfswerk für die griechischen Flüchtlinge durch eine Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling gesichert sei. Zur Patriarchatsfrage ließ der türkische Außenminister Ruchdy Bey erklären, daß die türkische Regierung diese Angelegenheit als eine innere betrachte, somit darüber in Genf nicht diskutieren könne. — Das Saargebiet soll innert einem Jahr von den französischen Truppen verlassen werden. Ueber das militärische

Kontrollrecht in den Rheinlanden waren Franzosen und Engländer nicht einig. Die scheidende Säure war auch da wieder die „Sicherheit“. — Die Frage des eventuellen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wurde durch eine Note an die deutsche Regierung zum Teil gelöst. Die gegenseitigen Vorbehalte, die der Anfrage und die der Antwort, sind nicht so bedeutend, daß sie den Eintritt ernstlich gefährden könnten.

Die Zahl der Kandidaten für die deutsche Reichspräsidenschaft wird mit jedem Tag größer. Wahlbündnisse konnten angesichts des parteiegoistischen Verhaltens weder links noch rechts geschlossen werden. Eine Einheitskandidatur der Weimarer republikanischen Gruppen war durch die Aufstellung des Sozialisten Braun verunmöglicht. Die Bemühung der Demokraten, aus Dr. Simons den Mann für die Wahl zu machen, scheiterte. Auch Dr. Gessler, der Reichswehrminister, war rechts nicht persona grata. Die Bölkischen sind ihm besonders unhold. Auch die Rechtsparteien fanden sich nicht auf einen Namen zusammen. Zu viel steht auf dem Spiel, als daß man im Interesse des Ganzen die Parteifelsstucht aufgäbe. Hätte Marx als schwarz-rot-goldener Kandidat in den Kampf ziehen können, so wäre seine Wahl durch die Sozialisten, Demokraten und das Zentrum gesichert gewesen. Nun wird er als Zentrumskandidat neben Oberbürgermeister Jarres, dem Mann der Deutschnationalen, die meisten Aussichten haben, aber erst im zweiten Wahlgang. Der badische Staatspräsident Sellpach, der neue Kandidat der Demokraten, verdiente wohl gewählt zu werden. Aber er hat wenig Aussichten. Ludendorff, dem die Deutschvölkischen stimmen, und der Kommunist Thaelmann haben nichts zu hoffen. — Daß Deutschland innerlich noch nicht ganz beruhigt ist, beweist ein blutiger Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Schutzleuten in Halle, wo ein Wahlmeeting zu schweren Ausschreitungen führte. Ende dieses Monats kann man einen amtlichen Bericht über die Ursachen des Zusammenbruches von 1918 erwarten. Die Veröffentlichung wird nicht ohne Einfluß auf den zweiten Wahlgang der Reichspräsidenschaft bleiben.

Die französische Botschaft beim Vatikan oder vielmehr ihre Aufhebung bereitet Herriot noch immer Sorgen. Die Senatskommission beschloß Beibehaltung der Botschaft. Die katholische Agitation wurde von Rom her gebremst. Man las in einem Schreiben von hoher Stelle, daß man die Proteste der Geistlichkeit falsch verstanden habe. Sie seien nicht so scharf gemeint gewesen. So hat der Rinderstreif gegen die interkonfessionelle Schule im Elsaß auch nicht den großen Erfolg gehabt, wie man im katholischen Lager erwartete. Und die radikale und radikalsozialistische Kammergruppe forderte in einer äußerst energischen Erklärung die Regierung zur Anwendung der Gesehe gegenüber der Geistlichkeit auf, die mit dem arroganten Geist der Intoleranz und des Fanatismus die Freiheit bedrohe. Angesichts einer so entschlossenen Haltung mag dem Klerus die Stunde des Kulturkampfes noch nicht gekommen scheinen.

Eine Alarmmeldung aus London glaubt prophezeien zu können, daß General Primo de Rivera in Bälde nicht mehr Diktator von Spanien sein werde. Aus Rußland kommen ebenfalls schwer zu kontrollierende Berichte über umfangreiche militärische Vorbereitungen zu einem Krieg, der mit seinen Siegen das Prestige der bolschewistischen Führer festigen sollte. Aus Peking wird der Tod Sun-Yat-Sens, des Führers der Revolution gegen die Mandschu-Dynastie (1911), bestätigt. Es ist schwer, die Folgen seines Ausscheidens aus der unklaren Politik Chinas abzusehen. Seine Partei droht in eine kommunistisch-bolschewistische und eine mehr bürgerlich-republikanische Gruppe zu zerfallen. Sun-Yat-Sen persönlich hat seine radikal-revolutionäre Gefinnung mit dem praktisch-politischen Dienst für sein großes Vaterland China zu verbinden vermocht. Das wird sein Andenken immer ehren. Gl.